

EDITORIAL

Hilfe zur Wahl

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird neben anderen wichtigen politischen Fragen auch über die gesundheitspolitischen Konzepte der jetzigen Koalition von CDU/CSU und FDP einerseits und SPD/Grünen andererseits entschieden. Das von SPD und Grünen bevorzugte Modell einer staatlich verordneten Einheitsversicherung mit Abschaffung der Dualität von gesetzlicher und privater Versicherung und Einführung einer Einheits-Gebührenordnung steht gegenüber dem bewährten dualen System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung zur Wahl. Um Ihnen die unterschiedlichen gesundheitspolitischen Vorstellungen der Parteien vor der Bundestagswahl zu verdeutlichen, haben BDO, DGMKG und BDK gemeinsam wichtige Fragen zur Gesundheitspolitik als „Wahlprüfsteine“ den im Bundestag vertretenen Parteien zur Stellungnahme vorgelegt. Die fachzahnärztlichen und fachärztlichen Verbände in der ZMK wollen so ihre Mitglieder über die bei der Wahl zur Entscheidung stehenden Konzepte umfassend informieren. Neben der Gesundheitspolitik stehen insbesondere in der Finanz- und Sozialpolitik unterschiedliche Konzepte von Union/FDP einerseits und SPD/Grünen und der Linkspartei andererseits zur Wahl. Die von Rot-Grün geplanten massiven Steuererhöhungen, Einführung einer Vermögenssteuer oder „Vermögensabgabe“, Erhöhung der Einkommenssteuer und der Erbschaftssteuer werden die jetzt schon sehr hohen steuerlichen Belastungen von Mittelstand und Freiberuflern weiter erhöhen. Gleichzeitig werden von allen Parteien mit Ausnahme der FDP milliardenteure Wahlgeschenke in Aussicht gestellt. Trotz Rekordsteuereinnahmen einerseits und der extrem hohen Staatsverschuldung (ca. 2,06 Billionen), die momentan nur aufgrund der extrem niedrigen Leitzinsen die Haushalte von Bund und Ländern weniger belastet, werden weitere Sozialleistungen in Aussicht gestellt. Mit Zinssätzen auf Rekordtief unterhalb der Inflationsrate zahlen Sparer mit schwindendem Vermögen für die politisch gewollten niedrigen Zinsen im Euroraum. Es ist immer nur von Umverteilung und Solidarität, aber immer weniger von Eigenverantwortung und Freiheit die Rede. Rekordsteuereinnahmen des Staates bei teilweise bereits leistungsfeindlicher und demotivierend hoher Abgabenbelastung reichen, wie viele Politiker glauben machen wollen, nicht aus, um Investitionen in die staatliche Infrastruktur zu finanzieren. Egal wie hoch die Steuereinnahmen des Staates ausfallen, er kommt nie damit aus. „Europas Sozialstaaten mit einem Anteil von 7 Prozent an der Weltbevölkerung und 25 Prozent der Weltwirtschaftsleistung leisten sich 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben“ warnte Angela Merkel in einem Interview der Financial Times. Entgegen dieser richtigen Analyse wollen SPD, Grünen und Linke u.a. wegen „gefühlter fehlender Verteilungsgerechtigkeit“ zusätzliche steuerliche Belastungen der Leistungsträger nach der Bundestagswahl trotz Steuereinnahmen auf Rekordhöhe. Bis zu 60 Milliarden steuerliche Mehrbelastung von Bürgern und Unternehmen, die sich aus den verschiedenen Steuer- und Ausgabeplänen der Oppositionsparteien ergeben, würden die Rahmenbedingungen auch für unsere Berufsausübung nachhaltig verschlechtern. Die Ergebnisse der Bundestagswahl und unsere Wahlentscheidungen werden daher wichtige Weichenstellungen für unsere berufliche und private Zukunft bringen, nicht nur aufgrund der unterschiedlichen gesundheitspolitischen Konzepte von Regierung und Opposition.



Infos zum Autor

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dr. Wolfgang Jakobs
Bundesvorsitzender BDO